

Die Forderungen der christlichen Arbeiterschaft an das Parlament.

Am Montag, den 21. d. wurden die Forderungen der christlichen Arbeiter an das Parlament in einer Massenkundgebung der christlichsozialen Arbeiter Wiens behandelt. In allen 21 Bezirken Wiens — in einem Bezirke sogar zwei — wurden Versammlungen abgehalten, die durchwegs zahlreich besucht waren. Außer den in Massen erschienenen Arbeitern fanden sich auch viele Angehörige anderer Stände ein. In den 22 Versammlungen traten als Referenten auf: Genossenschaftssekretär Adams, Abg. StA. Dr. Mataja, GR. R. v. Findenigg, Bgm. Dr. Weiskirchner, Abg. GR. Panofsch, Abg. Wender, Abg. Anderle, BR. Bittner, BR. Preyer, Abg. Wollet, Abg. Nepustil, GR. Dr. Hemala, LA. Kunschak, Redakteur Schönsteiner, Sekretär Heinzlmeier, Herr Ahler, LA. Biellohlawek, BR. Krikawa, BR. Waldsam, GR. Ullreich, GR. Spalowsky, GR. Solterer, Sekretär Meißl, die Herren Dr. Reisch und Dr. Pultar.

In allen diesen massenhaft besuchten Versammlungen wurde einhellig folgende Entschliessung angenommen:

„Die Versammelten bekennen sich freudigen Herzens zum Parlamentarismus als der einzig zulässigen Regierungsform, zum Parlamente als der Tribüne des freien Wortes und des starken zweckbewußten Willens. Nach jahrelanger Ausschaltung sollen in Oesterreich Parlamentarismus und Parlament wieder zur Geltung und Führung gelangen. Voll Hoffnung und froher Zuversicht sieht das Volk dieser hohen Stunde entgegen.

Soll aber der Parlamentarismus in Ehren bestehen und soll das Parlament sich bewähren, dann muß über alles Trennende das Einigende gesucht, über alles nationale und parteipolitische Gezänke hinaus der Weg zur positiven Arbeit gefunden und mutig betreten werden.

Die den Versammelten vorliegenden Beschlüsse der vierten Reichskonferenz der christlichsozialen Arbeiterschaft vom 22. April 1917 bilden ein Programm, welches den Bedürfnissen der Zeitverhältnisse Rechnung trägt, sie zeigen den Weg, auf welchem das Parlament zu segensreicher Tätigkeit gelangen kann. Die Versammelten stimmen diesen Beschlüssen zu und erwarten im Sinne derselben von Regierung und Parlament das Bekenntnis zur Tat.“